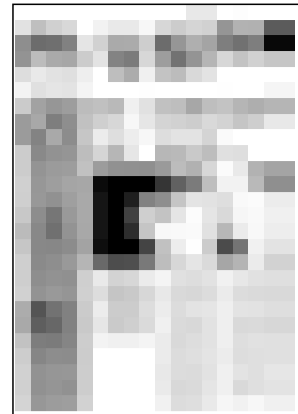


ISSN 1019-0287

Preis 1,49 €

7. März 2003

erscheint freitags



Service außer Takt



Luxemburg am Rande des Verkehrsinfarkts: Der öffentliche Personentransport hat vor allem Nachholbedarf beim Kundenservice. Ein Verkehrsverbund lässt derzeit auf sich warten.

dossier, Seite 4

(Foto: Christian Mosar)

7/3-16/3/2003

(film/theatre/concert/events)

Rückkehr zum "Rasiermesser"

Die aus Luxemburg abgeschobenen ehemaligen Flüchtlinge treffen in ihrer alten Heimat Montenegro auf wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und politische Instabilität.

aktuell, Seite 2

Bague au doigt?

Sans ouverture au mariage, le partenariat proposé par le gouvernement ne représente qu'un substitut médiocre selon "Rosa Lëtzebuerg".

aktuell, Seite 8



ELTERNURLAUB

Frauenorganisationen befürchten die Kürzung des Elternurlaubs. Tatsächlich mehrten sich kritische Stimmen aus dem Arbeitgeberlager.

Ein Kommentar von Ines Kurschat

Der Pressesprecher Claude Pauly spricht aus, was offenbar viele denken: Sein Verband, das "Syndicat des indépendants et des classes moyennes" (SIC), ist zwar nicht für die Abschaffung, aber für die Halbierung des bestehenden Elternurlaubs auf drei statt wie bisher sechs Monate. Mit dieser Haltung steht das SIC nicht alleine, Ähnliches war schon von der "Fédération des Artistes" zu hören. Hintergrund für das jüngste Halali der Arbeitgeber gegen den Erziehungsurlaub: die laufenden Tripartite-Gespräche zum "Plan d'action national en faveur de l'emploi". Viele der im 1999er-Pan-Gesetz beschlossenen Maßnahmen, zu denen auch der Elternurlaub gehört, laufen am 31. Juli diesen Jahres aus und müssen neu verhandelt werden. Das Gesetz zum Congé parental vom 12. Februar 1999 sieht ausdrücklich eine Kürzung vor, wenn die angestrebten Ziele - bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dadurch Chancengleichheit, sowie mehr Be-

schäftigung - nicht erreicht werden.

Eben dies, das Verfehlen des beschäftigungspolitischen Ziels, behaupten nun die Arbeitgeber. Ihr Argument, adäquaten Ersatz für ArbeitnehmerInnen in Erziehungsurlaub zu finden, sei schwierig, erscheint auf den ersten Blick plausibel. So hat die vom Familienministerium in Auftrag gegebene KPMG-Studie vom November 2002 zu den Auswirkungen des "Congé parental" ergeben, dass ArbeitnehmerInnen aus dem Industrie- und Handwerksbereich, die Elternurlaub nahmen, nur zu 59 Prozent ersetzt wurden. Die meisten mittels betriebsinterner Versetzungen und Umschichtungen; das Arbeitsamt ADEM vermittelte nur rund sechs Prozent der frei werdenden Arbeitsplätze an außen stehende Arbeitsuchende. Inzwischen aber rutscht Luxemburgs Wirtschaft allmählich tiefer in die Krise, die Arbeitslosenzahlen steigen kontinuierlich an, unter ihnen laut ADEM ein immer größer

werdender Anteil an Fachkräften. Ersatz für ArbeitnehmerInnen im Elternurlaub zu finden, dürfte deshalb künftig vermutlich weniger Probleme bereiten, so jedenfalls die Einschätzung des Präsidenten der PAN-Spezialkommission Marcel Glesener, der sich klar für den Erhalt der bisherigen Regelung ausspricht.

Banken haben darüber hinaus den Elternurlaub als Kriseninstrument entdeckt: Sie drängen verstärkt darauf hin, dass berechnete ArbeitnehmerInnen jetzt in den Erziehungsurlaub gehen. Während dieser "Pause" könnten Umstrukturierungen oder auch nur kurzfristige Einsparungen - statt Entlassungen - vorgenommen werden.

Doch genau hier liegt das hausgemachte - "Problem" des Elternurlaubs. An der gegenwärtigen Debatte zeigt sich die Gefahr der luxemburgischen Version eines europaweit vorgeschriebenen Elternurlaubes. Die EU-Direktive 96/34 vom 3. Juni 1996 definierte den Elternurlaub als familienpoliti-

sche Maßnahme und eben nicht beschäftigungspolitisch. Dem EU-Rat ging es in erster Linie darum, die in der Nummer 16 der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte garantierte Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern auch in punkto Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten - und eben nicht eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Arbeitslose zu kreieren. Den Elternurlaub an allgemeine beschäftigungspolitische Ziele zu koppeln und mit einer Frist zu versehen, ist auf dem eigenen Mist der luxemburgischen Verantwortlichen gewachsen.

Statt eine sinnvolle sechsmonatige Frist unter Vorbehalt zu stellen, hätte sich die Regierung von vorneherein darauf einigen müssen, dass es sich beim Elternurlaub um eine rein familien- und genderpolitische Maßnahme handelt. Dann wäre den betroffenen Frauen und Männern, Eltern und Kindern, das jetzige Bangen erspart geblieben. Allerdings hätten die Tripartite-Parteien damit auch einen - strategisch wichtigen - Verhandlungsgegenstand weniger beim PAN-Poker gehabt.

Parole aux femmes

Des femmes de radios libres se sont rencontrées à Vienne pour déconstruire les stéréotypes racistes et sexistes des médias. Non sans autocritique.

magazine, page 9

Who's the Renert?

Die aktuelle Michel-Rodange-Ausstellung sorgt für ein umfassendes Bild des Luxemburger Autors und eröffnet neue Blickwinkel.

voices, Seite 11



Preis: 1,49 €



5 453000 211009